

Antrag

der Abg. Klaus Hoher und Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Faktencheck der Ministeraussagen zu den Sondierungsgesprächen 2021 zwischen GRÜNEN, SPD und FDP/DVP

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwieweit sie es für geboten bzw. erforderlich hält, dass ministerielle Äußerungen im Landtag stets der Wahrheit entsprechen und als Vorbild für einen faktenbasierten Umgang dienen;
2. inwieweit sie es für geboten erachtet, im Falle ministerieller Falschaussagen bzw. Fehldarstellungen in einer Plenarsitzung diese im Nachgang öffentlich zu korrigieren;
3. wie sie, insbesondere das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, die Auswirkungen von ministeriellen Falschaussagen auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politische Arbeit und Kommunikation der Landesregierung einschätzt;
4. über welche belastbaren Belege sie bzw. insbesondere der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die Behauptung verfügen, wonach die FDP/DVP-Fraktion bei den Sondierungsgesprächen mit den GRÜNEN und der SPD im Jahr 2021 einer Erweiterung des Nationalparks Nordschwarzwald zugestimmt habe, wie Minister Hauk während der Plenarsitzung am 12. Dezember 2024 behauptete, zumindest unter Beifügung relevanter Beweise;
5. inwieweit sie ihre Vorbildfunktion oder die des erwähnten Ministers Hauk beeinträchtigt sieht, sofern zu den in Ziffer 4 genannten ministeriellen Behauptungen keine belastbaren und nachprüfbaren Belege vorgelegt werden können;
6. welche Maßnahmen sie sich für diesen Fall zu ergreifen vorbehält, insbesondere um das Vertrauen in sie bzw. ihn wiederherzustellen;

7. sofern keine belastbaren Belege zu Ziffer 4 vorgelegt werden können, inwieweit sie es für geboten erachtet, dass Minister Hauk eine Gegendarstellung zu der in Ziffer 4 genannten Tatsachenbehauptung vornimmt.

20.12.2024

Hoher, Dr. Timm Kern, Bonath, Karrais, Haußmann,
Weinmann, Birnstock, Brauer, Haag, Heitlinger,
Dr. Jung, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk, hat während der Plenarsitzung am 12. Dezember 2024 die Tatsachenbehauptung geäußert, dass die FDP/DVP bei den Sondierungsgesprächen mit den GRÜNEN und der SPD im Jahr 2021 einer Erweiterung des Nationalparks Nordschwarzwald zugestimmt hätte. Der vorliegende Antrag soll ermitteln, inwieweit diese Äußerungen auf belegbaren Fakten basieren und wie die Landesregierung mit nicht belegbaren Tatsachenbehauptungen im Landtag umgehen möchte.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. Januar 2025 Nr. MLRZ-0141-69/1 nimmt das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. inwieweit sie es für geboten bzw. erforderlich hält, dass ministerielle Äußerungen im Landtag stets der Wahrheit entsprechen und als Vorbild für einen faktenbasierten Umgang dienen;*
- 2. inwieweit sie es für geboten erachtet, im Falle ministerieller Falschaussagen bzw. Fehldarstellungen in einer Plenarsitzung diese im Nachgang öffentlich zu korrigieren;*
- 3. wie sie, insbesondere das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, die Auswirkungen von ministeriellen Falschaussagen auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politische Arbeit und Kommunikation der Landesregierung einschätzt;*

Zu 1. bis 3.:

Parlamentsdebatten dienen der öffentlichen Darlegung politischer Positionen. Ihnen wohnt seit jeher der Charakter politischer Streitigkeit inne. Insbesondere bei Beratungen zur Beschlussfassung über den Haushalt, traditionell das Königsrecht des Parlaments, ist es richtig und angemessen, auch zugespitzt und unter Einsatz eines breiten Instrumentariums an rhetorischen Mitteln zu argumentieren – und im Sinne einer lebendigen Demokratie auch zu streiten. Dies dient auch dazu, der Öffentlichkeit die Unterschiede der einzelnen Positionen lebhaft und verständlich darzulegen.

4. über welche belastbaren Belege sie bzw. insbesondere der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die Behauptung verfügen, wonach die FDP/DVP-Fraktion bei den Sondierungsgesprächen mit den GRÜNEN und der SPD im Jahr 2021 einer Erweiterung des Nationalparks Nordschwarzwald zugestimmt habe, wie Minister Hauk während der Plenarsitzung am 12. Dezember 2024 behauptete, zumindest unter Beifügung relevanter Beweise;

Zu 4.:

Der Minister hat sich ausdrücklich auf seine Erinnerung berufen und auf die ihm damals, 2021, informell bekanntgewordenen Informationen. Diese sind naturgemäß nicht aktenmäßig hinterlegt.

5. inwieweit sie ihre Vorbildfunktion oder die des erwähnten Ministers Hauk beeinträchtigt sieht, sofern zu den in Ziffer 4 genannten ministeriellen Behauptungen keine belastbaren und nachprüfbaren Belege vorgelegt werden können;

6. welche Maßnahmen sie sich für diesen Fall zu ergreifen vorbehält, insbesondere um das Vertrauen in sie bzw. ihn wiederherzustellen;

Zu 5. und 6.:

Unter Berücksichtigung der Ausführungen zu Ziffern 1 bis 3 sowie der Tatsache, dass in Plenarberatungen gem. § 83 Geschäftsordnung des Landtags frei gesprochen werden soll und dadurch spontane Äußerungen regelmäßig Teil des parlamentarischen Alltags sind, ist weder eine Vorbildfunktion beeinträchtigt noch wird es für richtig gehalten, Maßnahmen zu ergreifen.

7. sofern keine belastbaren Belege zu Ziffer 4 vorgelegt werden können, inwieweit sie es für geboten erachtet, dass Minister Hauk eine Gegendarstellung zu der in Ziffer 4 genannten Tatsachenbehauptung vornimmt.

Zu 7.:

Eine Gegendarstellung wird nicht für erforderlich gehalten. Insofern ein fälschlicher Eindruck entstanden sein sollte, dass schriftliche Quellen vorliegen würden, wird dies bedauert.

Hauk

Minister für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz